

■ AUS BERNER SICHT

Esthi und Toni



VON STEFAN SCHMID

Alle bisherigen Versuche der St. Galler SVP, einen zweiten Sitz in der Kantonsregierung zu erobern, sind fehlgeschlagen. Jetzt muss es Esther Friedli, die Partnerin von Toni Brunner, richten. Die «Schweiz am Sonntag» war dabei, als sich das Duo geeinigt hat:

Toni: Meine liebe Esthi, du ...

Esther (unterbricht): Jetzt komm mir nicht wieder damit, dass ich heute den Stall wischen soll.

Toni: Du weisst doch, ich habe dich schon immer für die Fähigste von uns allen gehalten. Du musst für die SVP Regierungsrätin werden.

Esther: Was ist denn mit dir los?

Toni: Wir sind im Seich. Keine Kandidaten weit und breit. Lukas Reimann ist zu extrem, Thomas Müller ein Leichtgewicht, und Jasi Hutter geht nur noch an Schwingfeste.

Esther: Was ist mit dir, Toni?

Toni: Du weisst doch, die wählten das letzte Mal lieber den Sozi Rechsteiner anstatt mich.

Esther: Ich bin doch eine CVPlerin.

Toni: Die sind flexibel. Schau dir Geri Pfister an. Spricht wie einer von uns.

Esther: Ich bin aber keine Hardlinerin, stehe für Kompromisse und Konsens.

Toni: Das ist Nonsense, mein Schatz. Denk an die Auseinandersetzungen, die wir zwei jeweils führen, wenn ich wieder einmal mit Natalie Rickli flirte. Da teilst du auch aus wie eine ...

Esther (unterbricht): Ernsthaft: Meinst du, ich hole diesen Sitz?

Toni: Aber garantiert ...

Das Handy klingelt:

Toni: Ja, Christoph. Sie machts. Die Kontoangaben haben sich nicht geändert. Immer gerne.

Stefan Schmid ist Leiter der Bundeshausredaktion der «Südschweiz» und der «Aargauer Zeitung».

■ SCHWEIZERHÖFLI

Rückruf der Republikaner



VON MARC SCHWITTER

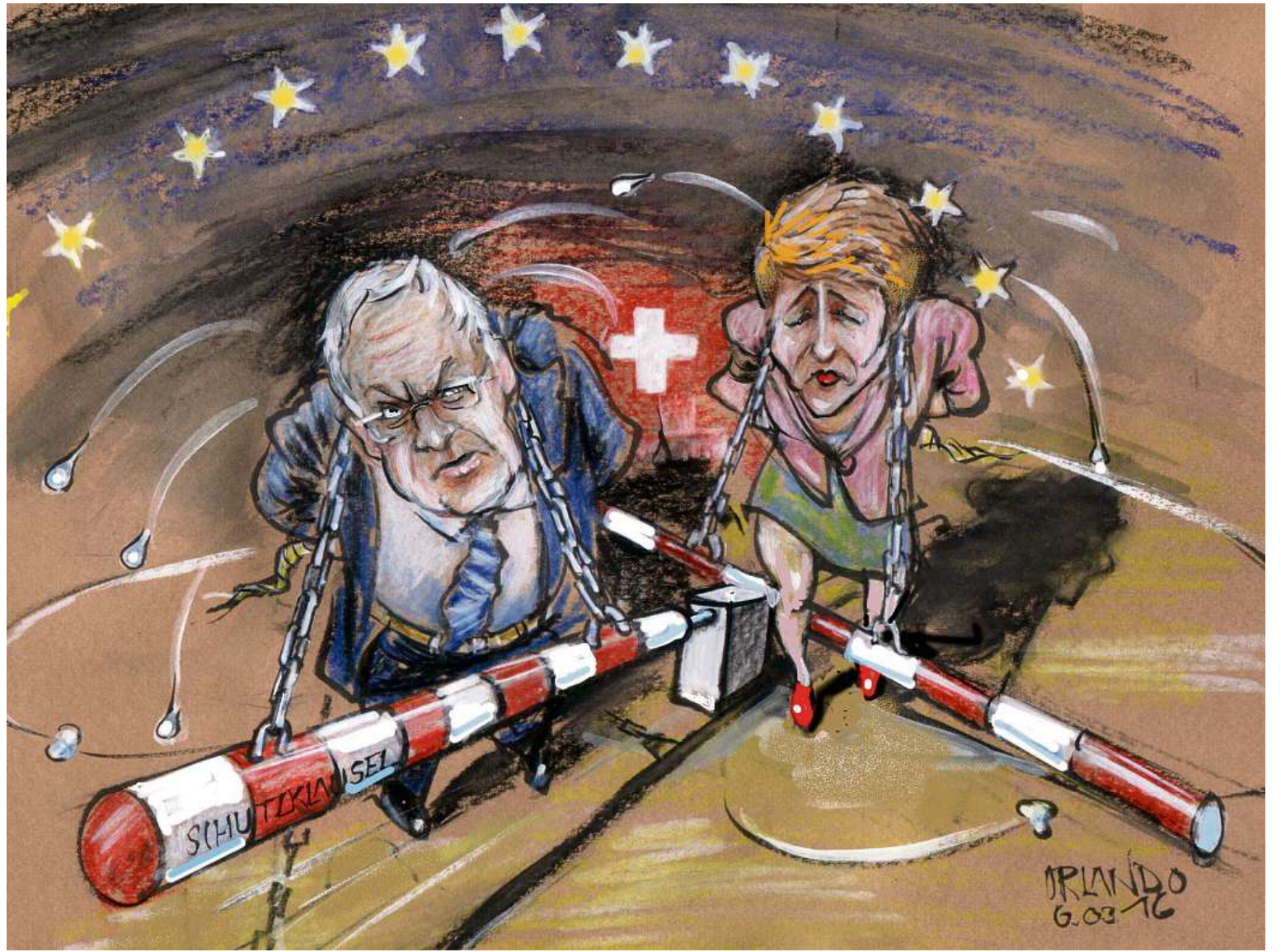
Am Stammtisch. Koni kratzt sich am Kopf. «Die Amis sind schon schräg. Bei einem Trump-Wähler haben sie ein Plastikteil im Hirn entdeckt. Jetzt rufen sie alle zurück.» Peter winkt ab. «Blödsinn! Das Plastikteil war in einem Snickers. Den Republikanern wäre es zwar lieber gewesen, sie hätten es in Trump gefunden. Das wäre ihre letzte Chance gewesen, ihn zurückzurufen.»

Koni bestellt noch ein Bier. «Naja, für die Schweiz wäre es auch nicht schlecht, wenn es hier so einen wie Trump gäbe. Dann hätten wir einen Durchsetzungspolitiker und bräuchten keine unsinnigen Durchsetzungsinstrumente mehr.» Peter überlegt. «Stell dir mal vor, der Trump wäre im Bundesrat. Der hätte schon entschieden, bevor der Schneider-Ammann seinen ersten Satz beendet hätte.» Koni nickt. «Die Duro-Lastwagen würde er für eine halbe Milliarde nicht nur sanieren, sondern ihnen auch noch das schöne Trump-Logo verpassen. Aufgestickt, mit Goldglitter.» Peter: «Das gäbe dann nicht nur die beste, sondern die teuerste Armee der Welt.» Koni seufzt. «Hast du dir mal überlegt, was passieren wird, wenn zwei von diesen Trump-Typen aufeinander losgehen?» Peter nimmt einen Schluck von seinem Kaffee. «Also Diplomatie wird man das wohl kaum mehr nennen können.» Koni: «Das wäre dann wie eine Talkshow auf RTL am Nachmittag, einfach mit Atomwaffen.» Peter lacht. «Ja, und umschalten können wir dann auch nicht mehr. Nur noch abschalten.»

Koni nimmt sein Bier. «Na dann, zählen wir mal auf die Vernunft der Amerikaner, im Land der 'unbegrenzten Möglichkeiten', wie es so schön heisst. Prost!»

Marc Schwitter aus Rapperswil-Jona arbeitet unter anderem als Pointenschaiber für Giacomo/Müller. www.textpingpong.ch.

■ ORLANDOS WOCHENSCHAU



■ KOLUMNE VON GREGOR RUTZ

Finanzplatz um jeden Preis zerstören?

Ganz Bundesbern spricht von der «neuen Architektur» des Schweizer Finanzplatzes. Ein Begriff, der stutzig macht – vor allem, weil die «neue Architektur» primär eine Flut neuer Bestimmungen bedeutet. Das neue Finanzmarktinfrastrukturgesetz (Finfrag) ist vor zwei Monaten in Kraft getreten. Das neue Finanzdienstleistungsgesetz (Fidleg) und das Finanzinstitutsgesetz (Finig) werden bereits zum zweiten Mal überarbeitet. Hinzu kommen etliche weitere Vorlagen, etwa neue Vorschriften betreffend Geldwäscherei. Selbst das Verbot von Bargeld ist immer wieder Gegenstand von Diskussionen.

Auf die Entwürfe zu Fidleg und Finig folgte ungewöhnlich heftige und laute Kritik aus der Branche. Die Regierung sah sich gezwungen, die Vorlagen zu entschlacken. Im November 2015 publizierte der Bundesrat die überarbeiteten Entwürfe, welche mittlerweile von der ständerätlichen Kommission für Wirtschaft und Abgaben behandelt wurden. Im Februar 2016 entschied die Kommission, auf die Vorlage einzutreten, behielt sich aber weitere Änderungen vor. Sie verlangte vom Finanzdepartement, Änderungsvorschläge noch vor Aufnahme der Detailberatung zu erarbeiten. Faktisch kommt dies einer Rückweisung gleich.

Dieser Entscheid ist zu begrüßen, denn die neuen Gesetze sind zu einem grossen Teil unnötig und schiessen weit über das Ziel hinaus. Selbst mit einer deutlichen Verschlinkung des Regulierungspaketes muss man sich die Frage stellen, ob damit dem Finanzplatz gedient ist. Das ursprüngliche Anliegen – eine weitere Stärkung des Anleger- und Konsumentenschutzes – muss hinterfragt werden, da man so die Voraussetzungen für das Erbringen von Finanzdienstleistungen und das Anbieten von Finanzinstrumenten noch stärker reguliert. Oder anders gesagt: Wer bei seinen Investitionsentscheidungen so intensiv vom Staat unterstützt werden muss, würde vielleicht lieber auf den Kauf von Anlageprodukten verzichten.

Nach wie vor gibt es triftige Gründe für die Ablehnung der genannten Gesetzesvorlagen. Ein erster zentraler Punkt ist der Anlegerschutz. Die Stellung des Anlegers wird mit der Vorlage nämlich letztlich geschwächt. Die neuen Regulierungen würden Kosten von mehreren Hundert Millionen Franken pro Jahr verursachen. Diese Kosten werden dem Anleger in Form höherer Preise überwältigt. Damit können sich kleinere Anleger künftig die Beratungsdienstleistungen nicht mehr

leisten, zumal sie mit den Neuerungen von interessanten Finanzanlagen faktisch ausgeschlossen werden. Der Kunde wiederum, der sich eine Anlageberatung noch leisten kann, wird mit einer riesigen Papierflut belästigt.

Zweiter Punkt: Die Heterogenität unseres Finanzplatzes – bislang eine grosse Stärke der Schweiz – geht zusehends verloren. Grössere Banken profitieren von der Gesetzesflut. Sie gewinnen Marktanteile, weil die kleinen und mittleren Finanzdienstleister ihren Betrieb aufgeben müssen. Daher ist ihr Zuspruch zu den Gesetzesvorlagen verständlich. Solch übertriebene Regulierungen gefährden aber die Existenz vieler Finanz-KMU. Die Folge dieser Konsolidierung: Anleger haben immer weniger Auswahl, welchem Finanzdienstleister sie ihr Vermögen anvertrauen wollen. Weniger Auswahl bedeutet fast immer, dass die Dienstleistungen teurer werden. Auch dies ist nicht im Sinne der Konsumenten. Aus Konsumentensicht ist ein möglichst offener, transparenter Wettbewerb mit verschiedenartigen Anbietern von zentralem Interesse.

Gegen die Vorlage spricht zudem der Umstand, dass mit Einführung von Fidleg und Finig der Zugang zu den europäischen Märkten im Privatkundenbereich nicht sichergestellt ist, zumal Schweizer Finanzdienstleister aufgrund des Lugano-Übereinkommens bereits heute die EU-Richtlinien und die nationale Gesetzgebung der jeweiligen EU-Länder beachten müssen.

Für eine wirkliche Stärkung des Anlegerschutzes braucht es keine neuen Gesetze. Anpassungen bezüglich der Verhaltenspflichten der Finanzdienstleister, wie sie heute im Börsengesetz für Effektenhändler formuliert sind, genügen. Und schliesslich ist bei der ganzen Diskussion ein zentraler Punkt nicht zu vergessen: Erstens gilt hierzulande immer noch die Wirtschaftsfreiheit – auch für Finanzdienstleister. Und zweitens hat der Anleger für seine Entscheidungen, wie er sein Vermögen verwalten und investieren will, selber die Verantwortung zu tragen.



Gregor Rutz ist Jurist, Unternehmer und Inhaber einer Agentur für Kommunikations- und Strategieberatung. Seit 2012 vertritt er die SVP im Nationalrat. Er ist Präsident der IG Freiheit und wohnt in Zürich.

■ TWEETS DER WOCHE

«Wow, unsere Youngsters geben Gas in Sotschi! Medaillen, Medaillen und nochmals Medaillen! #Daniioth #Suter #Meillard #Odermatt #JWM #waytogo» Ski-Ass Lara Gut (@Laragut) macht auf den Nachwuchs aufmerksam. An der Junioren-WM in Sotschi sorgte die Schweizer Delegation für einen Medaillennregen.

«Wenn Leute, die ständig in der Welt rumfliegen, sich so sehr ums Klima sorgen, sind sie vor allem eines: Schwätzer. #DiCaprio #Oscars» Leonardo DiCaprio hat mit seinem Oscar-Triumph einen neuen Twitter-Rekord aufgestellt. In mehr als 400 000 Tweets pro Minute wurde von seinem Oscar-Sieg berichtet. Meist positiv – aber nicht nur. Gina (@fairlockend) störte sich etwa an DiCaprios Dankesrede, in welcher er vor dem Klimawandel warnte.

«Moinsen. Bester Schauspieler DiCaprio? Ich bin enttäuscht. Das ist doch Arjen Robben! #Oscars2016» Sabine (@sareufra) hat an der Oscar-Verleihung einen Mann vermisst: Fussballer Arjen Robben, der den Schwalbenruf nicht mehr los wird.

«Ich finde zwar Snus so was von ekelhaft. Aber trotzdem macht es keinen Sinn, dass es nicht legal ist.» In den nächsten Wochen wird der Bund die Kantonschemiker anweisen, den verbotenen skandinavischen Mundtabak Snus aus dem Verkehr zu ziehen. Marcel Bührig (@marcelbuehrig) stösst dies sauer auf.

«Wenn du mal nicht dein Bestes geben kannst, weil du es für dich selbst brauchst, dann ist das völlig in Ordnung.» Kurt Saar-Schnitt (@kurzhaarschnitt) macht sich für eine gesunde Portion Egoismus stark.